

## **BÜRGERINITIATIVEN DER VG-ASSLING**

Initiator der Petition: Ludwig Haimmerer, Wiesenweg 1, 83550 Emmering

### **Offener Brief**

Frau  
Christa Stewens  
CSU-Landtagsabgeordnete  
Maximilianeum  
81627 München

Emmering, den 16.12.2009

Sehr geehrte Frau Stewens,

vorab vielen Dank für Ihren Versuch, sich für das lokale Anliegen der Gemeinde Frauenneuharting einzusetzen. Das Ergebnis zeigt aber leider auf, dass auch den politisch Verantwortlichen, so dem Bayer. Umweltministerium, die geltende Gesetzeslage im Hinblick auf die Mobilfunkbetreiber keinen Handlungsspielraum einräumt. Und es zeigt auf, dass dringend gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit Bürger, Kommunen und Mobilfunkbetreiber auf Augenhöhe verhandeln können, wie in unserer Petition vom 24.03.09 gefordert.

Zu dieser Petition nehmen wir wie folgt Stellung:

Am 12.11. und 01.12.09 waren Sie Berichterstatterin in Sitzungen im Landtag, in denen die Petition der Initiativen und die des Bund Naturschutz Bayern aufgrund des identischen Wortlauts gemeinsam behandelt wurden. Uns liegt ein entsprechendes Sitzungsprotokoll vor.

Ein von Ihnen am 09.11.09 geführtes Gespräch mit dem Bürgermeister und Vertretern des Bürgerforums Frauenneuharting, in dem diese um Unterstützung für ihr lokales Anliegen gebeten hatten und in dem auch die Forderungen der Petition erwähnt wurden, hat Sie zu einer völlig falschen Schlussfolgerung veranlasst. So haben Sie im Landtag erklärt, diese lokale Situation in Frauenneuharting sei Hintergrund und Inhalt der Petition der Initiativen. Wörtlich haben Sie dazu ausgeführt: „Bei der Petition des Bürgerforums in meiner Gemeinde Frauenneuharting hat sich der Inhalt nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister und dem Bürgerforum, also mit den Initiatoren dieser Petition, als völlig anders herausgestellt“.

Das Ereignis in Frauenneuharting veranschaulicht zwar eindrucksvoll, dass die Forderungen der Petition berechtigt sind. Diese lokale Situation vom Oktober 09 im Landtag aber dann als Hintergrund und Inhalt für die Petition der Initiativen zu erklären, entbehrt jeder Grundlage.

Dies allein schon deshalb, da die Petition bereits im März diesen Jahres, also sieben Monate vor der Situation in Frauenneuharting, erstellt und landesweit zur Sammlung von Unterschriften in Umlauf gebracht wurde. Die Petition liegt im übrigen seit 10.04.09 dem Landtag vor. Auch haben Sie dieses Gespräch nicht mit „den Initiatoren der Petition“ geführt und es handelte sich auch nicht um die „Petition des Bürgerforums Frauenneuharting“.

Hintergrund und Inhalt der Petition war ein ganz anderer: Zahlreiche Hinweise von Bürgern und Kommunen aus ganz Bayern, die den Initiativen, insbesondere dem Aßlinger Verein Mobilfunk mit Grenzen, seit Jahren zuzugingen, waren für die Initiativen der Anlass, im März diesen Jahres gemeinsam eine Mobilfunkpetition zu erstellen.

Wegen der grundsätzlichen und überregionalen Bedeutung hatte auch der Bund Naturschutz Bayern die Petition der Initiativen durch eine eigene gleichlautende Petition unterstützt, weshalb der Landesbeauftragte des Bund Naturschutz Bayern, Richard Mergner, an der offiziellen Übergabe der Petition der Initiativen im Bayer. Landtag teilnahm.

Durch Ihre falsche Schlussfolgerung wurde dann auch die identische Petition des Bund Naturschutz Bayern, die ja gerade die Forderungen der Initiativen unterstützen sollte, abgelehnt. Wörtlich haben Sie dazu ausgeführt: "Ich möchte nochmals klar sagen, dass sich bei der Petition des Bund Naturschutzes der Inhalt völlig anders darstellt".

Es widerspricht doch allen demokratischen Grundregeln, dass zwei wortgleiche Petitionen unterschiedlichen Inhalts sein sollen und deshalb von Ihnen und Abgeordneten des Petitionsausschusses und der Bayer. Staatsregierung unterschiedlich behandelt wurden.

Auch widerspricht es jedem demokratischen Verständnis, dass auf der einen Seite das lokale Anliegen einer Kommune „als Material“ aufgenommen und andererseits die Anliegen von vielen tausend Bürgern aus ganz Bayern völlig ignoriert werden.

Denn dadurch, dass Sie die Petition der Initiativen zu einem Einzelfall erklärt haben, konnten auch die rund 4700 Unterschriften, die der Petition beigelegt waren, unter den Tisch fallen. Unterschriften von Bürgern aus ganz Bayern, die für eine Vielzahl von derartigen lokalen „Einzelfällen“ stehen, ebenso die vielen Unterstützer der Petition des Bund Naturschutz.

Einige dieser „Einzelfälle“ wurden in der beigelegten Liste mit 48 Fallbeispielen aus ganz Bayern erfasst, die in kürzester Zeit erstellt wurde. Diese Beispiele machen deutlich, wie berechtigt die Forderungen beider Petitionen sind und zeigen auf, dass der Mobilfunkpakt Bayern reine Makulatur ist und deshalb dringend gesetzlicher Handlungsbedarf besteht. Und sie widerlegen auch die Aussage von Frau Staatssekretärin Melanie Huml, „dass wir mit dem Mobilfunkpakt, wie er jetzt existiert, sehr gut gefahren sind“.

Möglicherweise ist ja die Bayer. Staatsregierung mit dem Mobilfunkpakt gut gefahren, zahlreiche Bürger und Kommunen in Bayern jedoch nicht.

Aufgrund Ihrer falschen Schlussfolgerung wurden von Ihnen, von Abgeordneten des Petitionsausschusses und der Bayer. Staatsregierung Hintergrund und Inhalt beider Petitionen falsch beurteilt und behandelt.

Hinter den Forderungen beider Petitionen stehen viele tausend Bürger aus ganz Bayern, die sich dadurch Unterstützung und Hilfe von der Bayer. Staatsregierung erhofft haben. Ihre Aussage, „dass man die Sorgen und Ängste der Bürger aktiv aufnehmen und diesen in der Behandlung der Petition entsprechend begegnen muss“, muss auch für diese Bürger gelten. Wir bitten das genannte Gremium: Berücksichtigen Sie die berechtigten Forderungen beider Petitionen sowie deren Begründung; nehmen Sie die Sorgen und Ängste auch der Bürger, die hinter diesen Petitionen stehen, ernst und handeln Sie entsprechend!

Darüber hinaus fordern wir Sie und die Bayer. Staatsregierung auf

- eine Änderung des Mobilfunkpakts dahingehend zu erreichen, dass die Freiwillige Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber juristisch eingefordert werden kann
- gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Mobilfunkbetreiber, Kommunen und Bürger auf Augenhöhe verhandeln können.

Bitte informieren Sie uns zeitnah über Ihr weiteres Vorgehen und dessen Ergebnisse.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Haimmerer  
Bürgerforum Mobilfunk Emmering

Trudi Christof  
Mobilfunk mit Grenzen e.V.

Peter Loipfinger  
Bürgerforum Frauenneuharting